

19. Ordentlicher Bundeskongress des DGB, Berlin vom 16. - 20. Mai 2010

C 003

Lfd.-Nr. 1009

DGB-Bundesjugendausschuss

GUTE AUSBILDUNG

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

1 Gute Ausbildung ist ein Grundrecht

2

3 Nationale und internationale Vergleichsstudien stellen dem
4 deutschen Bildungswesen ein miserables Zeugnis aus: Die
5 Zahl der Jugendlichen ohne Schul- und Berufsabschluss ist erschreckend hoch. 1,5 Millionen Jugendliche im Alter zwischen
6 20 und 29 Jahren haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Hauptschüler haben nach wie vor kaum Chancen,
7 direkt einen Platz in Ausbildung und Beruf zu ergattern.
8
9

10

11 In den vergangenen Jahren haben laut Bundesagentur für
12 Arbeit nicht einmal 50 Prozent der Bewerber/-innen im jeweiligen Vermittlungsjahr eine betriebliche Ausbildung beginnen
13 können. Die andere Hälfte landet in Warteschleifen und muss sich mit oftmals schlechten Alternativen zufrieden geben. Nur
14 24 Prozent der Unternehmen in Deutschland bilden aus. Auch der Hinweis auf den demografisch begründeten Rückgang der
15 Bewerber/-innen löst das Problem der fehlenden Ausbildungsplätze nicht.
16
17

18

19 Jugendliche mit migrantischem Hintergrund sind die Verlierer
20 unseres Bildungswesens. Sie verlassen die Schule doppelt so häufig wie ihre Mitschüler/-innen ohne Abschluss. Der soziale
21 Status, sogar der Wohnort oder der Stadtteil entscheiden maßgeblich über die Perspektiven von Jugendlichen mit. Fast
22 eine halbe Million Jugendliche „verschwindet“ im Dschungel des Übergangssystems zwischen Schule und Beruf – die meisten
23 von ihnen ohne Chance auf eine qualifizierende Ausbildung.
24
25

26

27 Gleichzeitig gelingt es nicht, signifikant mehr Jugendlichen einen Zugang zum Studium zu ermöglichen. Die Zugangsmöglichkeiten
28 sind stark von sozialen Faktoren abhängig. Studiengebühren tragen dazu massiv bei. Von 100 Akademikerkindern erreichen 83 den Hochschulzugang, dagegen
29 nur 23 von 100 Kindern aus Familien ohne akademische Tradition. Weiterhin fehlen entsprechende Kapazitäten an den
30 Hochschulen und eine zielgerichtete Studienberatung.
31
32

33

40 Berufsorientierung effektiv gestalten

41

42 Der DGB fordert, frühzeitige Angebote zur Orientierung auf die Lebens- und Arbeitswelt für Jugendliche deutlich verbindlicher
43 zu gestalten und flächendeckend auszubauen. Berufsori-
44

Empfehlung der Antragsberatungskommission
Annahme in geänderter Fassung

Ergänzung: Zeile 88

Außerbetriebliche und vollzeitschulische Ausbildungen ergänzen das duale System, dürfen dieses aber nicht ersetzen.

Ergänzung: Zeile 212

schlossenen Ausbildung lehnt der DGB **grundsätzlich** ab.
Ausnahmen sind Praktika, die integraler Bestandteil einer Ausbildung sind.

Streichung und Ergänzung: Zeile 226 - 227

~~Praktika müssen als verbindlicher Ausbildungsteil in alle Studienordnungen aufgenommen werden, auch~~
Studienordnungen müssen es den Studierenden ermöglichen, studienbegleitend praktische Berufserfahrungen sammeln zu können.

Streichung: Zeile 233 - 234

~~Im europäischen Vergleich hat die duale Ausbildung ein Alleinstellungsmerkmal.~~

19. Ordentlicher Bundeskongress des DGB, Berlin vom 16. - 20. Mai 2010

45 entierung muss von Beginn an fester Bestandteil aller
46 weiterführenden Schulen sein.

47

48 Um diesen Prozess von Schulseite fundiert begleiten zu kön-
49 nen, muss das Thema ‚Berufsorientierung‘ als fester Bestand-
50 teil in der Lehrer/-innenausbildung implementiert werden.

51 Außerdem werden entsprechende Angebote durch die Bunde-
52 sagentur für Arbeit zur Verfügung gestellt und finanziert. Sie
53 beinhaltet neben der Beratung zu Ausbildungsmöglichkeiten,
54 Studium, alternativen Bildungswegen und möglichen Entwick-
55 lungspotentialen auch Fragen der Arbeitsbedingungen und
56 Anforderungen einzelner Berufsrichtungen sowie
57 Weiterbildungsmöglichkeiten im Sinne eines lebensbegleiten-
58 den Lernens.

59

60 **Unterstützung für Jugendliche mit schlechteren Start-**
61 **chancen**

62

63 Ziel ist es, allen Bewerberinnen und Bewerbern im dualen Sys-
64 tem eine mindestens dreijährige betriebliche Ausbildung und
65 damit einen gleichwertigen und qualifizierten Ausbildungsab-
66 schluss zu ermöglichen.

67

68 Der DGB setzt sich für ein neues, transparentes, effektives und
69 anschlussfähiges Modell der Berufsvorbereitung ein. Dieses
70 neue Modell sieht zunächst eine ausbildungsorientierte
71 Analyse von Potentialen und Defiziten der Jugendlichen als
72 Voraussetzung für eine weitere individuelle Förderung vor, die
73 auf betrieblicher Ebene zu erfolgen hat.

74

75 Innerhalb des DGB wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die ein
76 zukunftsfähiges Modell ausgestaltet und entwickelt.

77

78 Ausbildungsbegleitende Hilfen müssen Standardangebote der
79 Berufsausbildung sein, um Jugendlichen mit schlechteren
80 Startchancen den Einstieg in Ausbildung und Berufsabschluss
81 zu ermöglichen.

82

83 **Ausbildung für alle**

84

85 Der DGB fordert ein individuell einklagbares Grundrecht auf
86 Ausbildung. Allen Bewerberinnen und Bewerbern auf eine
87 Ausbildungsstelle in Deutschland muss es ermöglicht werden,
88 eine betriebliche Ausbildung zu beginnen.

89

90 Hierbei müssen alle Unternehmen ihren Beitrag leisten. Unser
91 Ziel bleibt eine gesetzliche Ausbildungsplatzumlage, die
92 konjunkturunabhängig ausreichend Ausbildungsplätze in den
93 Betrieben sicherstellt. Unternehmen, die ausbilden, werden
94 unterstützt. Bis zur Erreichung dieses Ziels unterstützt der

19. Ordentlicher Bundeskongress des DGB, Berlin vom 16. - 20. Mai 2010

95 DGB Initiativen, die zu einer quantitativen und qualitativen
96 Steigerung des Ausbildungsplatzangebots führen.

97

98 Der DGB fordert eine verbindliche Meldepflicht von zur Ver-
99 fügung stehenden Ausbildungsplätzen in den Unternehmen.
100 Ziel muss es sein, eine belastbare und objektive Statistik zu
101 erhalten. Nur so entsteht ein reelles Bild der Ausbildungs-
102 platzsituation, auf das notwendige Maßnahmen abgestimmt
103 werden können.

104

105 Ferner wird der DGB damit beauftragt, darauf hinzuwirken,
106 dass bei Auftragsvergaben nach öffentlichen Ausschreibungen
107 eine (Mindest-)Ausbildungsquote erfüllt sein muss.

108

109 **Gute Ausbildung ist umfassend**

110

111 Der DGB setzt sich dafür ein, das duale Ausbildungssystem zu
112 sichern und kontinuierlich zu entwickeln. Der Qualität der be-
113 ruflichen Erstausbildung kommt in einer Zeit des immer
114 schneller werdenden Wandels in allen Branchen eine bedeu-
115 tende Rolle zu. Sie ermöglicht Zukunftschancen und Teilhabe
116 junger Menschen und sichert qualifizierte Fachkräfte für die
117 Unternehmen.

118

119 Qualifizierte Ausbildung zeichnet sich vor allem durch gut
120 qualifiziertes Ausbildungspersonal, breit und umfassend ange-
121 legte Ausbildungsinhalte und die Einhaltung der Ausbildungs-
122 rahmenpläne aus. Bei der Neuordnung oder der Entwicklung
123 von neuen Ausbildungsberufen müssen die Kernelemente der
124 Beruflichkeit berücksichtigt werden.

125

126 Der DGB fordert Ausbildung mit einer regulären Ausbildungs-
127 dauer von mindestens drei Jahren und lehnt teilqualifizierende
128 Modulausbildungen ab. Außerdem ist es notwendig, dass die
129 AEVO verbindlich eingehalten wird und zwischenzeitlich ge-
130 schaffene Ausnahmetatbestände zurückgenommen werden.

131

132 Die Berufsschulen sind duale Partner im Ausbildungssystem.
133 Sie müssen auch zukünftig den Anforderungen von sich weiter
134 entwickelnden Berufen entsprechen. Hierzu fordert der DGB
135 materiell und personell besser ausgestattete Berufsschulen mit
136 guten Arbeitsbedingungen und kontinuierlichen Qualifizie-
137 rungsmöglichkeiten für Lehrer/-innen. Einblicke in den betrieb-
138 lichen Ausbildungsablauf sind notwendig und müssen organi-
139 siert werden.

140

141 Der DGB fordert, dass die Rahmenlehrpläne der Länder der
142 anerkannten Ausbildungsberufe inhaltlich auf die Anforderun-
143 gen der bundeseinheitlichen Zwischen- und Abschlussprüfun-
144 gen bzw. Teil 1 und 2 der Abschlussprüfungen angepasst wer-

19. Ordentlicher Bundeskongress des DGB, Berlin vom 16. - 20. Mai 2010

145 den. Des Weiteren muss das Anforderungsprofil der Ab-
146 schlussprüfungen in Gänze mit den zu vermittelnden Inhalten
147 der Ausbildungsrahmenlehrpläne übereinstimmen.

148

149 Die zuständigen Gremien des DGB werden zudem aufge-
150 fordert, sich dafür einzusetzen, dass es gewährleistet sein
151 muss, dass alle Theorieinhalte, die in Teil 1 und Teil 2 der Ab-
152 schlussprüfung geprüft werden, auch bis zum Prüfungszeit-
153 punkt in der Berufsschule vermittelt worden sind. Gleiches
154 muss auch für das normale Prüfungsverfahren sichergestellt
155 sein.

156

157 Immer wieder kommt es zu Verstößen geltender Gesetze in
158 der Ausbildung. In einigen Branchen kann von Qualität der
159 Ausbildung keine Rede sein.

160

161 Der DGB fordert daher unabhängige Stellen, die die Unterneh-
162 men regelmäßig kontrollieren und bei Bedarf sanktionieren.
163 Die zuständigen Stellen (Kammern) sind aufgrund ihres Inter-
164 essenkonfliktes derzeit nicht dazu in der Lage.

165

166 Zur Sicherung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes fordert
167 der DGB die Verbesserung des Jugendarbeitsschutzgesetzes
168 und die Ausweitung des Geltungsbereiches auf alle Aus-
169 zubildenden im Sinne eines Ausbildungsschutzgesetzes.

170

171 Der DGB soll sich darüber hinaus dafür einsetzen, dass
172 zukünftig für alle Auszubildenden an jedem Berufsschultag
173 mit mindestens fünf Berufsschulstunden keine Rückkehrpflicht
174 in den Ausbildungsbetrieb besteht. Entsprechende Regelun-
175 gen für Blockunterricht sind zu finden. Auch soll sich der DGB
176 dafür einsetzen, dass Auszubildenden vor ihrer Abschluss-
177 prüfung insgesamt fünf Tage Sonderurlaub gewährt wird.
178 Hierzu sind Änderungen des Berufsbildungsgesetzes anzustre-
179 ben.

180

181 **Duale Studiengänge**

182

183 Duale Studiengänge sind eine sinnvolle Ergänzung zum dua-
184 len Berufsbildungssystem einerseits und für angewandte Wis-
185 senschaft an Hochschulen und Universitäten andererseits. Es
186 gilt, dieses System weiterzuentwickeln, bundesweit einheitli-
187 che Standards einzuführen und duale Studiengänge als be-
188 triebliche Ausbildungsverhältnisse zu deklarieren. Die Auswei-
189 tung der Studiengänge darf allerdings nicht zu Lasten der
190 „normalen“ betrieblichen Berufsausbildung gehen. Das Sys-
191 tem muss soweit ausgebaut werden, dass Studiengänge für
192 Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung ohne
193 weitere Zwischenschritte geöffnet werden. Dies würde zusätz-
194 liche Qualifizierung an Berufsakademien und Hochschulen

19. Ordentlicher Bundeskongress des DGB, Berlin vom 16. - 20. Mai 2010

195 voraussetzen, die es zulassen, nach erfolgter praktischer IHK-
196 Prüfung nur noch die theoretischen Bestandteile zu absolvie-
197 ren.

198

199 In diesem Zusammenhang wird der DGB aufgefordert, verstärkt
200 auf politische Entscheidungen einzuwirken, die Arbeits-
201 bedingungen von dual Studierenden definieren. Hierbei ist ins-
202 besondere die Zuordnung der dual Studierenden zum
203 Anwendungsbereich des Berufsbildungsgesetzes voranzutrei-
204 ben.

205

206 **Praktikum als Lernverhältnis**

207

208 Praktika erleichtern die Berufswahl und vermitteln Kompeten-
209 zen, die man sich in Schule und Studium nicht aneignen kann,
210 sie sind Teil einer vielseitigen Ausbildung und müssen klar als
211 Lernverhältnis definiert werden. Praktika nach einer abge-
212 schlossenen Ausbildung lehnt der DGB ab.

213

214 Es müssen gesetzliche Regeln geschaffen werden, die den
215 Ausbildungscharakter des Praktikums betonen und definieren.

216

217 Der DGB fordert die zeitliche Begrenzung auf drei Monate.
218 Ausnahmen sind im Rahmen schulischer oder wissenschaftli-
219 cher Ausbildungen sowie bei staatlichen Programmen mög-
220 lich.

221

222 Weiterhin ist eine angemessene tarifübliche Vergütung zu
223 zahlen, ein Praktikumsvertrag zu schließen, der Ausbildungs-
224 inhalte und -ziele festlegt und Betreuungspersonen benennt.

225

226 Praktika müssen als verbindlicher Ausbildungsteil in alle Studi-
227 enordnungen aufgenommen werden, auch Vorpraktika sind in
228 die Regelstudienzeit einzuberechnen, so dass eine BAföG-
229 Förderung möglich ist.

230

231 **Durchlässigkeit stärken**

232

233 Im europäischen Vergleich hat die duale Ausbildung ein
234 Alleinstellungsmerkmal. Der DGB setzt sich im Rahmen der
235 Umsetzung eines vergleichenden europäischen Qualifikations-
236 rahmens für die Wertsicherung des deutschen Ausbildungs-
237 systems in Europa ein. Eine Unterbewertung ist zu verhindern.

238

239 Mit dem Ziel, einen durchlässigen europäischen Bildungsraum
240 zu realisieren, ist es für den DGB unbedingt erforderlich, nicht
241 den Lernort (Hochschule oder Betrieb), sondern die Kompe-
242 tenz des Einzelnen zum Maßstab der Einstufung in den Euro-
243 päischen Qualifikationsrahmen zu machen.

244

19. Ordentlicher Bundeskongress des DGB, Berlin vom 16. - 20. Mai 2010

245 Eine abgeschlossene 3jährige Ausbildung in allen Berufsfel-
246 dern muss den Zugang zu jedem Hochschulstudium ermögli-
247 chen. Die Kompetenzen, die in der Ausbildung erlernt werden,
248 müssen dabei angerechnet werden können. Hierfür müssen
249 die maßgebenden Stellen und Universitäten gewonnen wer-
250 den, ihre Curricula auf die Kompetenzen und Erfordernisse
251 dieser Absolventen auszurichten und ggf. Anpassungen anbie-
252 ten. Hierzu bedarf es u. a. besonderer Unterstützung der
253 Hochschulen sowie die Möglichkeit von Teilzeitstudiengängen
254 für Berufstätige. Um Jugendliche mit Ausbildungsabschluss
255 auf die Anforderungen eines Studiums vorzubereiten, sind
256 vorgelagerte und begleitende Einstiegshilfen für die Hoch-
257 schule anzubieten.

258

259

260 Konkret zielen diese Forderungen auf folgende Maßnahmen

261 ab:

262

263 **Förderung des Studienzugangs**

264

265 Hochschulen müssen einen Teil ihrer Studienkapazitäten für
266 Bewerber/-innen ohne Abitur mit Berufserfahrung reservieren.
267 Wichtig dabei ist, dass die Prüfung die Studienfähigkeit der
268 Bewerber/-innen prüft. Die abgeschlossene Berufsausbildung
269 muss der allgemeinen Hochschulreife im Punkt der Hoch-
270 schulzugangsberechtigung gleichgestellt werden.

271

272 Erhalt des Studienzugangs im Fachbereich Sozialökonomie an
273 der Universität Hamburg (ehemalige HWP)

274

275 Weiterhin werden die zuständigen Gremien des DGB aufge-
276 fordert, die Situation der ehemaligen HWP (Fachbereich Sozi-
277 alökonomie) zu beobachten und sich hier stärker für den Er-
278 halt dieser Bildungseinrichtung bzw. dieses Studienganges
279 einzusetzen.

280

281 **Hochschule**

282

283 Der DGB fordert eine Harmonisierung der Hochschul-
284 ausbildung und eine Durchlässigkeit sowie die Ver-
285 gleichbarkeit der Studiengänge und Abschlüsse zwischen allen
286 Hochschulstandorten. Ein problemloser Wechsel ohne Studi-
287 enzeitverlust muss möglich sein.

288

289 Der DGB fordert eine Anpassung des Hochschulstudiums an
290 die sozialen, wirtschaftlichen sowie individuellen Lebensreali-
291 täten von Studierenden bzw. Studierwilligen. Sie fordert daher
292 eine bundesweite gesetzliche Regelung zur Ermöglichung des
293 Teilzeitstudiums in allen Studiengängen.

294

19. Ordentlicher Bundeskongress des DGB, Berlin vom 16. - 20. Mai 2010

295 Der DGB unterstützt den Aufbau eines Europäischen Hoch-
296 schulraums mit dem Ziel, die Mobilität zu verbessern. Jedoch
297 haben die Reformen im Zuge des Bologna-Prozesses leider
298 wenig zur Qualitätsverbesserung von Studium und Lehre
299 beigetragen. Stattdessen erschweren die neuen Studienst-
300 rukturen den Studienortwechsel und führen zu einem Anstieg
301 der Abbrecher/-innenquote; Auslandsaufenthalte und Praktika
302 werden erschwert. Außerdem erhöhen die Reformen die Be-
303 lastung für das Personal und die Studierenden.

304

305 Um ein Scheitern der Reform zu vermeiden, fordert der DGB
306 einen Kurswechsel bei der Umsetzung des Bologna-Prozesses.
307 Es muss der Grundsatz gelten: Qualität geht vor Tempo. Wir
308 brauchen die sorgfältige Umsetzung einer Reform, die die
309 Qualität des Studiums und der Lehre nachhaltig verbessert.

310

311 **Kostenfreie Bildung**

312

313 Für den DGB ist Bildung keine Ware, sondern ein Men-
314 schenrecht. Bildung dient nicht nur dazu, für die Wirtschaft
315 verwertbare Kompetenzen zu erlangen, sondern auch um kri-
316 tisches Denken zu entwickeln. Bildung soll der Entwicklung
317 dienen, um persönliche Lebenskonzepte zu verwirklichen. Von
318 den Lernenden zu begleichende Kosten und Gebühren für
319 Bildung verhindern gleiche Chancen auf Bildung für alle.
320 Bildung muss über die gesamte Bildungsbiografie für alle kos-
321 tenlos sein. Deshalb fordert der DGB die Abschaffung von
322 Bildungsgebühren und –kosten in jeglicher Form, ebenso
323 Rückmelde- und Verwaltungsgebühren aller Art, die lediglich
324 als versteckte Studiengebühren fungieren. Außerdem fordert
325 der DGB eine elternunabhängige bedarfsdeckende Förderung
326 für Ausbildung und Studium im In- und Ausland, die ein
327 selbstbestimmtes Leben ermöglicht.

328

329 In diesem Kontext möge der DGB sich bei der Bundesregie-
330 rung bzw. den Landesregierungen dafür einsetzen, dass es an
331 Schulen eine kostenlose Schulspeisung gibt. Hierbei soll auch
332 auf den Gesundheitscharakter geachtet werden. Die zustän-
333 digen Gremien des DGB mögen sich zudem dafür einsetzen,
334 dass an Schulen gesunde und ausgewogene Ernährung in
335 Theorie und Praxis im Unterricht vermittelt wird. Wünschens-
336 wert ist die Einbindung der Eltern in diesen ernährungsspezifi-
337 schen Unterricht.

338

339 **Lebensbegleitendes Lernen**

340

341 Das lebensbegleitende Lernen wird immer wichtiger. Der DGB
342 soll sich daher dafür einsetzen, dass der Zugang erheblich er-
343 leichtert wird. Dazu gehören:

344

19. Ordentlicher Bundeskongress des DGB, Berlin vom 16. - 20. Mai 2010

- 345 • Gesetze über Bildungsurlaub in allen Bundesländern
- 346 • Erweiterung des staatlichen Angebotes zur Weiterbildung
- 347 • Anerkennung von Abschlüssen über Ländergrenzen hin-
- 348 aus
- 349 • Unterstützung und Förderung aller Weiterbildungsmaß-
- 350 nahmen bei Bedürftigkeit
- 351 • Ausbau der tariflichen Möglichkeiten zur Weiterbildung
- 352